

A9 Sozialstaat sicherer machen - Renten solidarisch gestalten

Antragsteller*in: Jakob Gatz (GJ Gotha)

Tagesordnungspunkt: 9. Sonstige Anträge

Antragstext

1 Noch im Wahlkampf plaparte die Union, Arbeit muss sich lohnen. Die Realität
2 in Deutschland sieht anders aus. Eine erwerbstätige Person, die jeden Tag hart
3 arbeitet, muss im Durchschnitt 43% des Bruttoeinkommens an Steuern und Abgaben
4 entrichten.

5 Vermögende, die vorrangig ihr Einkommen aus Kapitalerträgen, also passives
6 Einkommen erzielen, müssen darauf im Durchschnitt nur 25% Kapitalertragssteuer
7 zahlen.

8 Das Einkommen aus Arbeit muss ausreichen, dass sich eine erwerbstätige Person,
9 einen bescheidenen Wohlstand aufbauen kann, dem Grundversprechen der sozialen
10 Marktwirtschaft. Die immer höher werdenden Beiträge der Sozialversicherungen,
11 bewirken das Gegenteil und führen dazu, dass immer weniger Netto vom Brutto
12 bleibt und ein bescheidener Wohlstand in weite Ferne rückt. Und damit nicht
13 genug. Die CSU will nun ihre Mütterrente umsetzen. Folge wären gerade für Junge
14 qualifizierte Fachkräfte, eine deutliche Steigerung der Rentenbeiträge und somit
15 wieder weniger Netto vom Brutto.

16 Die Rente ist eine der drängendsten Zukunftsthemen mit sehr viel sozialen
17 Sprengstoff. Immer mehr Boomer gehen in Rente, während zu wenige junge Menschen
18 auf den Arbeitsmarkt kommen. Der Generationenvertrag, auf dem das aktuelle
19 Umlagensystem basiert, kommt immer schneller ins Wanken, wenn es nicht eine
20 Reform gibt. Die Frage der Rente darf dabei nicht zu Lasten junger Menschen
21 gehen, die noch ihr ganzes Arbeitsleben vor sich haben.

22 Wir als Grüne Jugend sind der Ansicht, es braucht eine grundlegende Reform der
23 Rente, aber auch der Kranken, Unfall und Pflegeversicherung. Dabei sind wir als
24 Grüne Jugend aber auch solidarisch mit den RentnerInnen, die ihren Lebensabend
25 in Altersarmut verbringen müssen, weil die Rente nicht reicht.

26 Vorbild für eine Reform wären hier die skandinavischen Länder, deren Renten
27 teilweise, oder wie in Norwegen sogar ganz kapitalgedeckt mit einem Staatsfond
28 finanziert werden. Gerade Norwegen nutzt den Staatsfond nicht mehr nur alleine,
29 um einen starken, solidarischen Sozialstaat zu gewährleisten. Mittlerweile wird
30 das Stimmrecht auf Jahreshauptversammlungen genutzt, Arbeitskämpfe in den
31 investierten Unternehmen zu unterstützen, ökologische Standards zu schaffen und
32 Managerinnengehälter zu begrenzen.

33 Bei der Krankenversicherung sieht es nicht besser aus. Eine schleichende
34 Privatisierung von Krankenhäusern und Pflegeheimen hat dazu geführt, dass das
35 Gesundheitssystem mehr Profitorientiert arbeitet, statt dem Gemeinwohl zu
36 dienen.

37 Eine Folge ist, dass Menschen trotz hoher Beiträge in die gesetzliche
38 Krankenversicherung, einige Behandlungen noch extra zahlen müssen. Wir fordern,
39 dass Krankenhäuser und Pflegeheime wieder in die öffentliche Hand gehören, weil
40 man mit der Gesundheit von Menschen keinen Profit machen sollte.

Begründung

Mündlich